

Die Alzeife

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Alzeife“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich. Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-3. Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 50% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einsenden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postkchkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Ermittlungen über die Wirtschaft.

Die Entwicklung in unserer Wirtschaft hat schon seit langem eine eingehende Erhebung (Enquete) über die Erzeugung und den Absatz notwendig gemacht. Zweifellos haben sich unsere ökonomischen Verhältnisse gegenüber der Friedenszeit durch Verluste an Rohstoffquellen und Märkten gemäß dem Versailleser Vertrag, durch die Inflation, den Verlust unseres mobilen Vermögens und die mit der Stabilisierung eintretende Verengung der Produktion bedeutend verschoben. Ebenso dürfte unbestritten sein, daß sich unsere Wirtschaft bisher den veränderten Vorbedingungen und Voraussetzungen nicht angepaßt hat. Es gilt also, durch eine objektive Untersuchung klar zu erkennen, wie die Dinge heute liegen, um so Weg und Richtung der kommenden Wirtschaftspolitik festzustellen und festzulegen. Das soll der Zweck der kommenden Wirtschaftsenquete sein.

Für den Plan einer allgemeinen Wirtschaftsenquete haben sich vor allen Dingen die Vertreter der Arbeitnehmer im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingefügt. Sie fanden tatkraftigste Unterstützung durch die sozialdemokratische Reichsregierung. Der Erfolg der eingeleiteten Aktion war die Veranschaulichung eines Arbeitsprogramms für den Verlauf der Enquete durch den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Im großen und ganzen geht die von der Regierung geleistete Vorkarbeit auf das Arbeitsprogramm des Reichswirtschaftsrates zurück. Sie sind so weit beendigt, daß die gesetzgebenden Körperschaften nun an die Beratung eines Gesetzentwurfes für eine Erhebung der deutschen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse gehen und wir mit der allgemeinen Wirtschaftsenquete für den Frühling 1926 rechnen können. Die Gewerkschaften sind an der Enquete besonders dadurch interessiert, weil diese wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis von Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Wirtschaftsentwicklung geben wird.

Die geplante Enquete kann aber nur dann Wert haben, wenn sie zu einwandfreien und unparteiischen, also objektiven Ergebnissen kommt. Werden dafür keine Garantien geboten, so verliert die Enquete ihre Bedeutung und muß zum Komödientenspiel werden. In dieser Beziehung haben wir in Deutschland seit der Stabilisierung der Mark reichliche Erfahrungen gemacht. Wir verweisen nur auf die Textilsenquete und die Lederenquete. Beide sollten die Tenaursachen auf dem Textil- und Ledermarkt feststellen. Wochenlang hat man immerhalb der Enquete gerähet und gewaltige Stöße von Affen vollgeschrien, und große Ströme von Tinte wurden veriprizt, mit dem Ergebnis, daß das Resultat gleich Null war. Etwas anderes war bei der Art und Weise, wie in Deutschland Enquêtes verlaufen, kaum zu erwarten; einmal waren es die Interessenten, die die Enquete beherrichten und ihre, von bescheidenen Rücksichten diktierten Meinungen durchsetzten. Des anderen waren die Enqueten nicht öffentlich. Die Teilnehmer ließen unter sich, was, wie wir später sehen werden, von besonderer Bedeutung ist. Aus diesem Grunde muß der Verlauf der bevorstehenden allgemeinen Wirtschaftsenquete wesentlich anders gestaltet werden, als der Verlauf der bisherigen Enquêtes, und zwar würde es sich empfehlen, wenn man die Enquete mehr dem englischen Muster anpaßt, das sich sehr gut

bewährt hat. Zweckmäßig dürfte es sich erweisen, die Zahl der Mitglieder der Enquete möglichst zu beschränken. Die Enquete ist ihrer Natur nach eine Untersuchungskommission, sozusagen ein Richterkollegium, und keine Interessenvertretung; deshalb erübrigt es sich wohl, wie man das leider bisher getan hat, Hinz und Kunz als Symbioten dieses und jenes Verbändchens zuzuziehen. Im großen und ganzen wird die Enquete, die in der Hauptfrage ein Urteil über die Wichtigkeit oder Unrichtigkeit der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zu fällen hat, eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital werden. Aus diesem Grunde ist die Berücksichtigung solcher Leute geboten, die die wirkliche Fühlung mit den Betrieben, mit der modernen Arbeiterbewegung haben, ohne daß sie Interessen sind. Es kann nicht genügen, um diesem Standpunkt Rechnung zu tragen, daß die Regierung abermals Leute wie Dr. Müller und Cohnen-Ruß als „Arbeitervertreter“ in die Enquete oder in ihre einzelnen Kommissionen entsendet. Der Beschränkung der eigentlichen Enquetemitglieder muß eine Vermehrung der Sachverständigen gegenüberstehen. Es kommt nicht darauf an, einen Mann über die Verhältnisse in einer Industrie zu hören, sondern auch des anderen Mannes Rede zu vernehmen. Insbesondere wird Wert darauf zu legen sein, daß die Presse den Verhandlungen folgen kann; ebenso muß dem Publikum diese Möglichkeit gegeben werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß manche Aussagen in unseren Enqueten nicht gemacht worden wäre, wenn sie in Gegenwart eines Stabs von guten Wirtschafts- und Handelsredakteuren gemacht werden müßte. Aus diesem Grunde muß die allgemeine Wirtschaftsenquete auch das Recht der freiwilligen Aussagen vorbehalten. Bei den englischen Enqueten erlebt man es häufig, daß sich sofort nach einer Vernehmung aus dem Hörerzimmer Stimmen melden, die auf Grund von Geschäftsbüchern und tatsächlichen Vorgängen und Zuständen in Erzeugung und Handel gerade das Gegenteil der eben vollzogenen Aussage feststellen, die man als bare Münze genommen hätte, wenn das Recht der freiwilligen Zeugnisaussage nicht gewesen wäre. Daß die Aussagen unter Eid zu machen sind, versteht sich für uns von selbst.

Aus dem Gesagten geht u. a. die Wichtigkeit der Zusammenführung der Enquete hervor. Nach den von der Regierung bisher geleisteten Vorkarbeiten soll der Reichstag das Vorschlagsrecht haben, während die Regierung auf Grund des Vorschlages des Reichstages die Mitglieder ernannt. Hier muß man die näheren Einzelheiten abwarten, um zu sehen, ob die so geplante Zusammenführung sich brauchbar erweisen dürfte. Klarer ist schon die Art und Weise, wie die wichtige Untersuchungskommission der Enquete gebildet werden soll, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu beschäftigen haben wird. Der Vorschlag für diese Sonderkommission geht vom Verein für Sozialpolitik aus. Die Regierung plant, Mitglieder in diese Sonderkommission zu delegieren, die dem Verein für Sozialpolitik angehören. Die Zusammenführung der Sonderkommission hängt also stark von Willen der Regierung ab. Deshalb erscheint gerade die Bildung dieser Kommission, die starkes gewerkschaftliches Interesse hat, äußerst bedenklich.

Die elektrotechnischen Porzellanfabriken der hauptsächlichsten europäischen Staaten.

Die deutsche elektrotechnische Porzellanindustrie wird auch wieder von der Krise mit betroffen, wie die anderen Branchen der Porzellanindustrie. Sie ist eigentlich der Zweig, der am nachhaltigsten in den letzten Jahren unter Krisenbedingungen zu leiden hatte. Von 1919/20 bis ungefähr zur Hälfte des Jahres 1923 waren die Fabriken der elektrotechnischen Porzellanindustrie durchgehend gut beschäftigt, dann setzte ein Rückschlag ein. Er hat hauptsächlich keine Begründung darin, daß sich in den Auslandsstaaten elektrotechnische Porzellanfabriken entwickelten, sondern vielmehr unter Zollschutz standen und stehen und den deutschen Lieferanten den Markt abnahmen. Vor allem haben sich die nordamerikanischen Staaten von der Lieferung der europäischen Staaten freigemacht, ja, sie sind neuerdings dazu übergegangen, in verschiedenen europäischen Staaten elektrotechnische Artikel anzuführen. Wie sich das Bild zumunsten der deutschen elektrotechnischen Werke geändert hat, dafür einige Angaben. Die deutsche elektrotechnische Porzellanindustrie für Hoch- und Niederspannungsmaterial führte im Jahre 1913 von ihrer Erzeugung 96861 Doppelzentner aus, und zwar waren die Hauptabnehmer Großbritannien und die Schweiz. Nach Großbritannien betrug der Ausfuhranteil 10,17 Proz. und nach der Schweiz 10,11 Proz., dann folgten Italien, Brasilien usw. Im Jahre 1922 erreichte die Ausfuhr nur noch 61.220 Doppelzentner, im 1923 auf 59.071 Doppelzentner weiter zurückzugehen. Aber erst im Jahre 1924 kam sie trotz aller Anstrengungen nur auf 6638 Doppelzentner. Die Hauptabnehmer waren nun Italien mit 16,9 Proz., Österreich mit 11,4 Proz., Großbritannien, Schweiz, Nordrussland, Spanien, Chile, Argentinien u. a. Soweit sich jetzt schon vom Jahre 1925 sagen läßt, wird dies kaum über die Ausfuhr von 1924 hinauszugehen, denn die Ziffern für den ersten zehn Monate des Jahres 1924 belaufen sich auf 623 Doppelzentner. Eine Anzahl elektrotechnischer Unternehmer hat bereits erkannt, daß gegenwärtig der deutsche Markt nicht genügend aufnahmefähig ist, und daß sich der Absatz nach dem Ausland kaum sehr steigern wird; sie haben deshalb einige Fabriken von der elektrotechnischen in die Geschirrfabrikation umgestellt und wieder andere haben ihre Betriebsstätten eingeschränkt. Alle Arten sie auf günstige Baupunkturen der elektrotechnischen Werke und Anlagen; ob sie jedoch eintreten wird, steht noch abzuwarten.

Ähnlich wie der deutschen geht es auch der tschechoslowakischen elektrotechnischen Porzellanindustrie. Vor dem Kriege erreichte sie als österreichisch-ungarische im Jahre 1913 noch eine Ausfuhr an elektrotechnischen Artikeln von 45.365 Doppelzentnern. Außerdem die eigentliche Porzellanindustrie nach der Zerstückelung der Donaumonarchie zur Tschechoslowakei kam, die Ausfuhr an elektrotechnischen Artikeln im Jahre 1920

insgesamt 14.748 Doppelzentner. Von rund 70 Porzellanfabriken produzieren etwa 30 mehr oder weniger elektrotechnisches Porzellan. 1921 stieg die Ausfuhr auf 16.310 Doppelzentner, im dann 1922 auf 5090 und 1923 auf 5136 Doppelzentner zurückzugehen. Der Rückgang ist jedoch nicht auf den Ausfall von Fabriken durch die Staatsänderung zurückzuführen, sondern liegt, wie bei Deutschland, in der Entwicklung der elektrotechnischen Industrie anderer Staaten. Zu den Ländern, die einen Aufstieg der elektrotechnischen Industrie zu verzeichnen haben, gehört Frankreich. Dessen Werke sind annähernd 25 Jahre alt und haben ihren Sitz im Pariser Gebiet. Gegenwärtig sind 25 Fabriken mit der Herstellung von elektrotechnischen Artikeln beschäftigt, darunter stellen 7 Hochspannungsartikel her. Die Hauptabgabengebiete der französischen elektrotechnischen Fabriken sind die französischen Kolonien, Italien und Belgien. Im Jahre 1913 führte es 11.558 Doppelzentner elektrotechnisches Porzellan aus, 1921 waren es 19.867, 1922 8723, 1923 12.823 und 1924 23.954 Doppelzentner. Die Einfuhr stieg bescheiden, und zwar von 6.496 Doppelzentnern im Jahre 1913 auf 13.108 im Jahre 1924. In Belgien gibt es lediglich zwei keramische Fabriken, die elektrotechnische Artikel fabrizieren, aber nicht aus Porzellan. Neben die Ein- und Ausfuhr elektrotechnischer Waren liegen keine Statistiken vor. In Italien, dem Hauptabnehmer Deutschlands in elektrotechnischen Artikeln, wehrten sich die Industriebetriebe für elektrotechnisches Porzellan in den letzten Jahren. Gegenwärtig sind zwölf Werke dieser Branche tätig, darunter zwei für Hochspannungsartikel. Ein weiteres Werk unter Mitwirkung der Firma Ph. Kofenthal & Co. wird in den nächsten Wochen nach dem Kommen. Ferner hat auch die Firma Gebr. Nohl in Schmiedeburg im Riesengebirge ihre Interessen auf Italien ausgedehnt, weil der hohe Zoll für Niederspannungsartikel eine Ausfuhr nach Italien kaum mehr zuläßt und der niedrige Geldstand eine Interessenvertretung anscheinend sehr leicht gestattet. Die italienische Einfuhr an elektrotechnischen Artikeln betrug im Jahre 1922 12.000 Doppelzentner, 1923 14.150 Doppelzentner, wovon 7.154 auf Deutschland entfielen und 1924 22.966 Doppelzentner, wovon der deutsche Anteil 14.212 Doppelzentner waren. Die Schweiz hat drei Fabriken für elektrotechnisches Porzellan, von denen die in Langenthal die größte und bedeutendste ist, die auch Hochspannungsartikel herstellt. Im Jahre 1913 führte die Schweiz 14.022 Doppelzentner elektrotechnisches Porzellan ein, wovon 10.361 aus Deutschland kamen, und 1923 waren es 7.429 Doppelzentner, davon 6830 aus Deutschland. Dänemark hat zwei Porzellanfabriken für elektrotechnisches Porzellan, eine in Kopenhagen und eine in Kasrup, die sich wesentlich unter deutschem Einfluß erst in den letzten Jahren entwickelt haben. Sie stellen auch Hochspannungsartikel her. Ihre Erzeugnisse werden zum überwiegenden Teil aus Dänemark ausgeführt.

In Schweden fabrizieren von sieben Porzellanfabriken vier elektrotechnische Artikel, die jedoch den Landesbedarf noch nicht befriedigen können. Im Jahre 1914 führte Schweden 180.479 kg und 1923 308.000 kg elektrotechnisches Porzellan ein. Norwegen hat seit 1918 eine nach deutschem Muster eingerichtete Porzellanfabrik für elektrotechnische Artikel mit eigenem Bräuwerk. In finnischen Staaten stehen zwei elektrotechnische Porzellanfabriken, von denen eine mit einem Bräuwerk ausgestattet ist und Hochspannungsartikel fabriziert. Vier elektrotechnische Porzellanfabriken in Polen machen nur Niederspannungsartikel. Polen deckt seinen Verbrauch aus Deutschland und aus der Tschechoslowakei.

In Rußland haben fünf Porzellanfabriken die Herstellung elektrotechnischer Fabrikate nach dem Kriege aufgenommen. Den Verbrauch des großen Reiches können sie jedoch nicht decken, deshalb führt Rußland elektrotechnisches Porzellan ein. Im von der Donaumonarchie übriggebliebenen Österreich betrieben seit 1919 zwei Porzellanfabriken die Herstellung elektrotechnischer Porzellane, von denen sich eine inzwischen auf Geschirre umgestellt hat. Weiter ist einem Ziegeleiwerk noch eine elektrotechnische Abteilung für Niederspannungsartikel angegliedert. Ungarn hat zwei elektrotechnische Porzellanfabriken für Niederspannung und eine für niedrige Hochspannung. Auslandseinfuhr ist notwendig. Die außerdeutschen elektrotechnischen Porzellanfabriken bekamen vor allem ihren Anstoß durch den Ausfall der deutschen und tschechischen Fabriken während der Kriegsjahre und nahmen so die Absatzmärkte weg. Der Nachteil ist deutlich genug in den zurückgegangenen Ausfuhrziffern der Tschechoslowakei und Deutschlands zu erkennen. Wenn nun gar wesentliche Firmen einen Teil Produktionsstätten in Italien errichten, wird kaum für die einheimischen Werke zu hoffen sein, daß sie jemals ihren Vorkriegsabsatz wieder erreichen. Außerdem muß noch berücksichtigt werden, daß auch die Steatit- und Magnesitindustrie der Porzellanindustrie schwere Konkurrenz macht und ebenfalls einen Teil Absatz wegnimmt. Die Aussichten für die elektrotechnische Industrie sind also nicht gerade glänzend.

Die Arbeitslosenunterstützung in der Tschechoslowakei.

Das Gesetz, betreffs Staatsbeitrag zur Unterstüzung Arbeitsloser. Schon frühzeitig erkannten die Gewerkschaften, daß Arbeitslose ohne jedes Einkommen, aus Not und Glend gezwungen, Arbeit um jeden Lohn annehmen und dadurch zum Lohnbrücker für die Kollegen werden. Die Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen aus Solidaritätsgefühl zum Arbeitslosen, und um dem Unternehmer die Möglichkeit zu nehmen, Lohnbrücker zu ziehen, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Gegenüber Staat und Kapitalismus wurde die Forderung gestellt, den Arbeitslosen eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Staat und Unternehmer beklundeten in der Vorkriegszeit kein Interesse zum Schutze der Arbeitslosen. Wesentlich anders ist es in der Nachkriegszeit. Fast in allen Staaten, wenn auch in verschiedenen Formen, konnte durch den Kampf der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Unterstützung für Arbeitslose geschaffen werden. Die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei hatten nach dem Umsturz unter Veranlassung auf ihr Selbstbestimmungsrecht den Anschluss an die Republik Deutschösterreich erklärt. Auf Grund des vom Genossen Hanusch geschaffenen Gesetzes zur Unterstützung Arbeitsloser wurden im deutschen Gebiete der jetzigen Tschechoslowakei an 150.000 Arbeitslose mehr als 6 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Durch die militärische Besetzung der deutschen Gebiete war es nicht mehr möglich, die Auszahlung nach dem deutschösterreichischen Arbeitslosenunterstützungsgesetz vorzunehmen. Am 10. Dezember 1918 trat in der Tschechoslowakei das erste Gesetz zur Unterstützung Arbeitsloser in Kraft. Dieses Gesetz wurde fortgesetzt verschlechtert. Durch die herausgegebenen Verordnungen und Erlasse wurde innerhalb weniger Monate mehr oder weniger das Ministerium für soziale Fürsorge, was noch Gesetz ist, aber keine Gültigkeit mehr hat. Die vollständige Verwirrung bei Auslegung dieses Gesetzes veranlaßte das Parlament im August 1921, ein neues Gesetz zur Unterstützung Arbeitsloser zu beschließen. Das neue Arbeitslosenunterstützungsgesetz wurde gegenüber dem Gesetz vom 10. 12. 1918 bedeutend verschlechtert, ganze Berufsgruppen wurden vom Bezüge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Die Unterstüzungsätze sowie die Bezugsdauer derselben wurde sehr gekürzt. Mit Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 15. 6. 1924 wurden die politischen Bezirksverwaltungen verständigt, daß ab 1. April 1925 das bereits am 19. Juni 1921 geschaffene Gesetz, betreffend Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser, in Kraft tritt. Dieses Gesetz wird auch „Center System“ genannt, weil in Belgien die Stadt Gent im Jahre 1901 den Beschluß fasste, daß, wenn die Gewerkschaften die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung übernehmen, die Arbeitslosen aus den Mitteln der Stadt Zuschüsse erhalten. Heute besteht von diesem ursprünglichen „Center System“ in Belgien so viel wie nichts mehr. Das Gesetz, betreffs Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser, sollte schon mit 1. Februar 1922 seine Wirksamkeit erhalten. Durch die vielen Interventionen uneres deutschen Gewerkschaftsbundes und der tschechischen Gewerkschaftszentrale gelang es, das Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Zeit der wirtschaftlich unsicheren Nachkriegszeit und der Wirtschaftskrise zu verhindern. Wie richtig die Gewerkschaften die Situation erfaßten, zeigt, daß die dem deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg angeschlossenen Verbände zur Zeit der Wirtschaftskrise in den Jahren 1921 bis 1923 für ihre Mitglieder 18.129.198,65 Kronen an Arbeitslosenunterstützung auszahlten mußten, wobei aber zu beachten ist, daß zur dieser Zeit die einzelnen Verbände — auch der Verband der Keramarbeiter — die Unterstützung fürgen mußten, um nicht die Mittel des Widerstandsfonds anzugreifen.

Die Spaltung der Arbeiterschaft, das Erstarken der bürgerlichen Parteien, und die große Arbeitslosigkeit war für die tschechoslowakische Regierung die beste Möglichkeit, das Gesetz zur Unterstützung Arbeitsloser vom August 1921 bis zum Erscheinen des vom Ministerium für soziale Fürsorge herausgegebenen Erlasses (15. 6. 1924) bereit durch Verordnungen zu verschleiern, daß zum Jahresanschluß 1924 mindestens 40 bis 45 Proz. der Arbeitslosen vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung abgewiesen wurden.

Mit Erscheinen des Erlasses vom 15. 6. 1924 waren die Gewerkschaften, wie man es in der Tschechoslowakei schon gewohnt ist, vor die fertige Tatsache gestellt, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nach dem „Center System“ zu übernehmen, oder die Mitglieder der Gewerkschaften kommen überhaupt um die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Der im Dezember 1924 in Paris ab stattgefundene Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei befaßte sich eingehend mit diesem Gesetz und stellte fest, daß das Gesetz, betreffend Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser, im gegenwärtigen Zeitpunkt, das kleinere Übel ist. Auf diesem Kongress wurde beschlossen, um die Mitglieder der Verbände nicht um die staatliche Arbeitslosenunterstützung zu bringen, daß die Verbände von der Regierung die Bewilligung zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nach dem „Center System“ einholen. Zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Gesetz, betreffend Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser, haben nur jene Verbände das Recht, die hierzu die Bewilligung haben. Die Geschäftsordnungen und Statuten der verschiedenen Verbände müssen den Bestimmungen des Gesetzes angepaßt werden.

Anspruch auf den Staatsbeitrag haben tschechoslowakische Staatsangehörige, soweit sie Mitglieder einer mit der Auszahlung des Staatsbeitrages betrauten Fachorganisation sind und die Mitgliedsanmeldung nach dem Gesetz, betr. Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser, ausgefüllt haben. Die weitere Voraussetzung ist, daß diese Mitglieder einer Krankenversicherung unterliegen und die in der Fachorganisation vorgeschriebene Karenzzeit zurückgelegt haben.

Tschechoslowakische Staatsangehörige, sowie fremde Staatsangehörige — soweit Gegenseitigkeitsvereinbungen bestehen — bisher Polen, Deutschland, Österreich — die einer Fachorganisation der Tschechoslowakei angehören, haben Anspruch auf den Staatsbeitrag, falls die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, auch in dem Falle, wenn sie unmittelbar vorher, ehe sie arbeitslos wurden, im Auslande gearbeitet haben. Das Arbeitsverhältnis dieser muß ähnlich wie in der Tschechoslowakei einer Krankenversicherung unterliegen. Als Nachweis ist eine Bestätigung über die Krankenversicherung dem Ansuchen um den Staatsbeitrag beizulegen. Die in einer ausländischen Fachorganisation gebrachte Mitgliedsdauer kann die Fachorganisation der Tschechoslowakei unter Beachtung der gültigen Satzungen und Unterstellungsordnung einrechnen. (Mündliches des Ministeriums für soziale Fürsorge Zl. 17. 900/III/E — 1. 25.)

Der Staatsbeitrag beträgt für Ledige bis zu einer fünfjährigen Mitgliedschaft 100 Proz., für Verheiratete mit mindestens einjähriger Mitgliedschaft und Ledige mit über fünfjähriger Mitgliedschaft 150 Proz. zu der von der Gewerkschaft ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung. Der Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung beträgt täglich 12 Kr., der Staatsbeitrag und die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zusammen $\frac{1}{2}$ des Wochenlohnes nicht übersteigen. Der Staatsbeitrag wird bei einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit 13 Wochen, bei einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit bis zur Höchstdauer von 16 Wochen gezahlt. Ist das Mitglied ausgetreten, so muß es wieder 52 Wochenbeiträge zahlen, bevor es wieder Anspruch auf den Staatsbeitrag hat. Freimarke werden in die Karenzzeit, welche mindestens 13 Wochenbeiträge beträgt (die meisten Verbände haben 52 Wochenbeiträge), und in die Zeit der übrigen Mitgliedschaft nicht eingerechnet, wenn dies in den Geschäftsordnungen der Verbände festgelegt ist. Der Arbeitslose ist verpflichtet, sich jede Woche einmal bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung, einmal am Gemeindeamt des Wohnortes, und einmal bei der fachlichen Arbeitsvermittlung zu melden.

Die Arbeitslosenkasse und alles übrige, was mit dem Gesetz im Zusammenhang steht, müssen die Verbände separat verwalten. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat das Recht, die Verwaltung der Arbeitslosenkasse zu überprüfen. Zu unrecht ausgezahlte Staatsbeiträge erhalten die Verbände

vom Ministerium für soziale Fürsorge nicht refundiert. Das Gesetz selbst hat sehr viele Mängel. Zum Beispiel die fachlichen Arbeitsvermittlungen werden durch das Gesetz, betr. Staatsbeitrag, als Nebenmeldestelle anerkannt, dagegen besteht aber auf der Seite der Unternehmer nicht die gesetzliche Verpflichtung, die freien Arbeitsplätze der Facharbeitsvermittlungsstelle anzunehmen, so daß die Gewerkschaften keine Kontrolle haben, ob der Unternehmer Organisierte entläßt und Unorganisierte in Arbeit nimmt. Dies liegt der Regierung ein und wird höchstwahrscheinlich dem Parlament in nächster Zeit das Gesetz über die Facharbeitsvermittlung vorlegen. Durch die Einführung des „Center System“ macht der Staat Ersparnisse von Millionen von Kronen — deshalb wurde es ja geschaffen — und wälzt die vielen Lasten wie: Anschaffung vieler Druckformen und Verwaltungsstellen, auf die Gewerkschaften ab. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongress im Dezember 1924 und durch viele Interventionen die Forderung gestellt, die Mängel des Gesetzes abzuschaffen, die Bezugsdauer des Staatsbeitrages zu verlängern. In Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen, wo die Mittel der Arbeitslosenkasse zur laufenden Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr ausreichen, soll der Staat den Verbänden Darlehen gewähren, ferner soll der Staat die Anschaffungskosten für die amtlichen Druckformen den Verbänden vergüten und einen einmaligen Anschaffungsbeitrag pro Mitglied von 2 Kr., sowie für die laufenden Verwaltungsarbeiten von der Höhe des ausgezahlten Staatsbeitrages 10 Proz. als Verwaltungsbeitrag gewähren.

Diese Forderungen wurden von der Regierung bisher nicht erfüllt. Die Regierung ist der Meinung, daß sie durch die Einführung des „Center System“ zum Agitator für die Gewerkschaften wurde.

Die gegenwärtigen Scheingewerkschaften der Tschechoslowakei und deren Führer, die immer Feinde einer Unterstützung Arbeitsloser waren, benutzen das „Center System“ zum Gimmelfang von Mitgliedern. In Versammlungen und Flugblättern versuchen sie der Arbeiterchaft vorzuschwätzen, daß nur sie für niedrige Organisationsbeiträge eine höhere Arbeitslosenunterstützung, als die freien Gewerkschaften, zahlen können. Diese Agitation unserer mit Unternehmersgeld ausgeschalteten Gegner mußte frühzeitig zusammenbrechen, denn das „Center System“ und seine Auswirkungen auf die Gewerkschaften und deren Mitglieder ist nicht das Mittel zur Agitation.

Mit Einführung des „Center System“ mußten fast alle Verbände die Beiträge erhöhen. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hat bei einem Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie bei jeder Beitragserhöhung, keinen Anklang gefunden. Wir müssen aus den bisherigen Erfahrungen mit der Auszahlung des Staatsbeitrages feststellen, daß die Meinung der tschechoslowakischen Regierung, daß sie mit Einführung des „Center System“ zum Agitator der Gewerkschaften wurde, eben nicht richtig ist. Die Verbände haben mit Einführung dieses Gesetzes Mitglieder gewonnen. Der größte Teil der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei hat Vollbeschäftigung und denkt nicht an die Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ein Teil dieser Beschäftigten verhält sich interessiert gegenüber den gewerkschaftlichen Verpflichtungen. Diese Organisationsgegner, die selbst bei gutem Geschäftsgang eine Gefahr für die Kollegenchaft immer sind, haben natürlich bei Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf die gewerkschaftliche und staatliche Arbeitslosenunterstützung, und werden erst recht auf die Gewerkschaften schimpfen.

Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei ist durch die Einführung des „Center System“ bedeutend erweitert. Die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ist für die Gewerkschaften eine finanzielle Belastungsprobe. Diese finanzielle Belastungsprobe können die Gewerkschaften nur dann bestehen, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen reiflos ihren Fachorganisationen angehören und ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllen.

Ist der Tiefstand der Krise erreicht?

Bei der Beurteilung der Wirtschaftskrise müssen wir uns hüten, die Dinge schlechter zu machen als sie sind. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die gegenwärtige Krise bald einer gebührenden Entwicklung Platz machen wird. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ äußert sich zu diesem Thema ein ungenannter Großindustrieller in folgender Weise: „Die Dinge liegen durchaus nicht hoffnungslos. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß der tiefste Punkt der Krisenkurve erreicht ist bzw. in Kürze erreicht wird und im Frühjahr wieder eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt. Wenn man fortwährend alles in den dunkelsten Farben darstellt, so wird manches ungünstig

sich entwickeln, was an und für sich besser aussehen könnte. Der Kohlenbergbau hat trotz des gewaltigen Kampfes gegen die englische Kohle seine Position in der letzten Zeit behaupten können. . . Einem größeren Konzern ist es in den letzten Monaten gelungen, seine Halbdarvorräte um 10—1500 Tonnen zu vermindern und infolge der vorgenommenen Rationalisierung war es sogar möglich, wieder Arbeiter einzustellen. Der Durchschnitt der Rechen des Ruhrgebietes wird zweifellos besser dastehen als noch vor einigen Monaten. . . Auch in der Eisenindustrie braucht man die Zukunft nicht allzu schwarz zu sehen. Von einer großen Maschinenfabrik zum Beispiel ist bekannt, daß sie noch auf vier Monate voll beschäftigt ist, und dieser Fall dürfte nicht ganz so vereinzelt dastehen. In Eisenbahnmateriale ist die Beschaffung der Werke noch sehr befriedigend. Auch vom Auslande gehen laufend Aufträge ein, so daß in diesem Ertragnis die Beschäftigung etwa 75—80 Proz. der Beteiligungsziffer ausmacht. Dinsuweit ist auch auf der zunehmenden Fernverkehrs der Schiffahrt. Es werden behauptet wieder hundert Menschen beschäftigt wie vor dem Krieg. Die Reedereien haben aus diesem Geschäft gute Einnahmen, es sind bekanntlich auch schon wieder einige Dampfer in Auftrag gegeben worden. . . Es kann auch kein Zweifel herrschen, daß die Industrie durch die von ihr eingeleitete Rationalisierung ihre Unkosten hat . . . senken können. Es sind sogar Bedrohungen, die wieder in der Lage sind, Abkürzungen zu bewirken, und das ist doch sicher ein Zeichen des Fortschritts.“

Gernut mit den Preisen!

Die Herabsetzung der Preise ist eines derjenigen Mittel und zwar das wirksamste, die Wirtschaftskrise zu überwinden und die arbeitslosen Massen zu Arbeit und Verdienst zu verhelfen. Die neueste Aktion der Reichsregierung ist dazu angelegt, diesen Weg mit hoffentlich mehr Erfolg weiter zu beschreiten. Unterbreitete wurde noch nie ein Zweifel darüber gelassen, daß die hohen Warenpreise den Tod der produktiven Wirtschaft bedeuten. Es ist gut, auch andere Kreise darüber zu hören. In dem neuesten Bericht der Kommerz- und Privatbank lesen wir: „Die volle Auswirkung der Deflationsskizze hat sich im vergangenen Jahre im Preisstand noch nicht geltend gemacht. Erst dann ist die Grundlage für den Wiederaufstieg geworden, wenn ein Abbau des Preisniveaus der Kaufkraft in Innern augute kommt und gleichzeitig neue Ausnahmestellen zu schaffen geeignet ist. Diese Voraussetzung der Wiederaufstieges und damit die Beendigung der Deflationsskizze herbeizuführen, wird die wichtigste Aufgabe einer rationalen deutschen Wirtschaftspolitik des kommenden Jahres sein. Abgesehen von der . . . Entblühung der deutschen Wirtschaft vorläufigen Mitteln hat sich die mangelnde Konsumkraft des deutschen Volkes auf schärfste bemerkbar gemacht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Korrektur des Preisniveaus gerade in diesem Punkte auszuweichen zu wirken vermag. . . Man beachtet zu wenig, daß der deutsche Wirtschaftskörper trotz der durch den Friedensvertrag erlittenen Verluste noch immer ein gewaltiges Arbeits- und Konjunkturpotential darstellt. . . Gelangt es in der Tat, eine Ermäßigung des Preisstandes zu erwirken, so dürfte die Ausfuhr, besonders in Fertigfabrikaten, einen erheblichen Aufschwung nehmen, zumal auf Grund der billigen Inlandspreise der Anreiz zum Import ausländischer Fabrikate herabgemindert wird. . . Eine Senkung des Preisniveaus würde dann automatisch den Import zurückdrängen und den Export steigern und damit ganz von selbst der Aufnahme neuer Schuldverpflichtungen entgegenwirken. . . Dieser Meinung der Kommerz-Bank brauchen wir nichts hinzuzufügen. Die Stärkung der inneren Kaufkraft ist das A und O aller vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Damit erübrigt sich auch das Geschrei über die hohen Löhne.“

Neue Millionen für Kanonen und Kriegsschiffe.

Als gegen Ende des vergangenen Jahres der Reichsrat in seiner öffentlichen Sitzung den Reichstag für 1926 erörterte gab Ministerialdirektor Sachs einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben, der alles andere als optimistisch klang. Sachs wies mit Recht darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft unter harten Lasten leide, und daß Deutschland vor der Notwendigkeit stehe, diese Belastung zu mindern. Wörtlich führt der Vertreter der Regierung dann aus: „Die bittere Not wird dazu führen, im Reichshaushalt, wo jetzt noch unter der Nachwirkung der Inflationsbearbeitung mit leichter Hand Millionen ausgegeben werden, wie früher sorgsam nach Tausenden zu rechnen. Unter ihrem Zwang wird eine Einschränkung der Be-

Verbrüderungen.

Eine lehrreiche Geschichte aus Mexiko.

Von Kurt Klüber.

„Jim“, sagte der kleine Bayer, der auf eine sonderbare Weise nach Loboson verfrachtet worden war, und in diesem Keller am Hafen heimlich Schnaps schlürfte, „was soll aber mit dem Baver werden, oder bei euch mit dem Farmer, wenn ihr endlich rezoluzen wollt? Ich zahlte dir einen ganzen Lohn dafür, daß sie euch schmählich in Stich lassen, wenn es einmal losgehen sollte zwischen New-York und San-Franzisko. Der Bauer ist konjunktiv. Er klebt auf seinen Ansichten und auf seinem Mist wie ein Schnitzwerk, und ich glaube nicht, daß hier in den Staaten eure Ideen näher liegen als ein dicker Hintern.“

„Seyd“, antwortete der struppige Jim, dem der Wind von allen Erdteilen schon um seine tröpfelnde Stupsnase gefahren war, „ich will dir eine Geschichte erzählen, die nicht allzu weit zurück liegt, und die dir das Hirn in eine bessere Richtung blauen soll.“

„Es war in Mexiko, irgendwo am Grande; wir arbeiteten in einer Silbermine und fragten nicht soviel Geld zusammen, das wir uns den Meis zum Mittag kaufen konnten. Dabei war es eine Hitze, daß jeden Tag einem von uns das Hirn schmolz. Er bekam Fieber und jammerte nach einem Reitor über die seiner Mutter, wie das Kind nach dem Zulpe. Nach vier Wochen wurde uns auch die Sache zu dumm. Es war an einem Nachmittage. Unser Don Pedro, irgend so ein hässlicher Spanier, der mehr Silber haben sollte, wie wir oben Erde zu bebauen hatten, war in seiner Kalesche vorgefahren und sperrte das Maul auf. Er schimpfte wie ein Bär eine Anlei in die Richtung geraten ist. Und warum? Weil an dem Quantum Silber, was sonst jeden Monat aus dem Loch herabgeschöfft worden war, noch ein paar Kilo fehlten. Unser Canso, ein bagerer Spanier, schrie: „Drauf!“ Er atmet, wir liegen uns das nicht zweimal zusehen. Wir hoben den noblen Herrn aus seinem Wagen, prügelten ihn, bis er gelb und braun wurde, spannten ihm einen Stiel vor seine Föhre und schickten ihn wieder fort.“

Er brüllte wie ein Silber, als er halben Weges in Sicherheit war, und prophetezte uns, daß er uns allen seine Rächter auf den Hals schicken würde, und wir folgten von ihnen geschrielt, gebreitet und getäubert werden, und außerdem noch geharrt. Wie wir ausunbittlichen, zottelte er auch mit seinem Esel hinterher zu ihnen. Es waren einige Farmer in der Nähe, die ihm gehörten, und die Barischen, die darauf haunten, sollten die Silberer und Bewegensten am ganzen Grande sein.

„Seyd“, sagte das wegen ein riefiger Ire zu uns, her so etwas wie ein Bortarbeiter war, wir sollten nicht warten, bis sie uns hängen, kratzen ihnen entgegenreiten und sie empfangen, daß ihnen die Luft vergebelt, sich an ehelichen Arbeitern zu vergreifen.“

Wir taten es auch. Wir bestiegen unsere Rosinanten, von denen manche sich selber nicht tragen konnten, und ritten hinterher zu den Farmern. Wir hatten die Revolver in der Hand und die Stutzen waren mit grobem Schrot geladen.“

„So“, der Struppige schlug auf den Tisch, „was denkst du wohl, was in der Zeit da unten geschehen war? Die Burischen hatten es noch schlimmer mit dem Don Pedro getrieben wie wir. Was, die armeneligen Myners oben im Gebirge hatten den Mut aufgebracht, das Kerlchen zu verprügeln und wieder heimzuschicken? Jetzt wollten sie ihn noch teeren und federn, diesen Bruder, der ihnen jeden Monat das junge Vieh von den Weiden holte und die Nacht höher und höher trieb. Wir wurden mit Gallo, fikt mit Klintenschüssen empfangen, und wir saßen noch den ganzen Abend und die ganze Nacht vor ihren Häusern, tranken Freundschaft und Brüderlichkeit und klagten uns unsere Not. Und an dem Tage erkannten wir, daß die Rächer zu uns gehörten, daß sie auch nur im Lohn und Gold standen wie wir, daß es ihnen sogar oft dreißiger ging wie den armeneligen Maulwürfen und Silbertragern auf dem Wege.“

„Und was tat der Don Pedro?“ fragte der kleine Bayer, der die Ohren gepöfzt hielt wie eine Maus, und dessen Gesicht sich zu einem Grinsen verzog hatte.

„Ja“, lachte der struppige Jim und rief sich das Hirn mit dem Fährer, „ist noch eine lustigere Geschichte. Er trottete eckerte und grederte auf seinem Esel, die Kutsche war ihm in einem Wasserloch stecken geblieben, nach der nächsten Stadt und wartete uns die Miliz auf den Hals. Sie kam auch nach acht Tagen an. Don Pedro ritt wie ein Rächer an der Spitze zwischen den Farmern und unserem Silberloch bezog sie ein Lager. Wir hatten eine Heidenangst und wollten schon durchfliehen, denn wir waren fast alle Grünhörner und noch nicht grün in dem Land. Von den Farmern kam aber einer herauf und tröstete uns. Myners, schrie er uns zu, Mut! das gibt noch einen größeren Späß.“

Am Nachmittag beobachteten wir, daß die Farmer im Lager der Miliz schon ein- und ausgingen, mit den Soldaten wieder zurück nach ihren Farmen ritten und sonst allerlei Kapriolen trieben. Auch in das Gebirge galoppierten sie hinauf. Am Abend ritten sie mit einer ganzen Cavallerie in unsere Nähe. Wir waren noch immer ängstlich und hatten unsere Donnerbüchsen geladen. Sogar den halben Weg hatten wir untermindert, um unsere schlottenden Wägel so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Soldaten winkten aber ab, und so liefen wir sie näher kommen.“

„Mensch!“ krachte der Struppige und stieß den Bayer gegen das Knie, „wäre das ein Abend und eine Nacht. Die Milizen waren die besten Kerle. Sie hatten gleich Wein mitgebracht und ein paar braune Mädchen, die tanzen mußten, und wir saßen am ein Feuer und johlten und tranken. Von Krieg oder Feindschaft war dabei nicht die Rede.“ — „Comrats“, sagte gegen Mitternacht ein Trompeter, der aufgesprungen war, „den

Don Pedro kennen wir. Er ist ein Schwein und ein Geißel und wir haben ihn schon vor Jahren aus unserer Stadt gejagt. Jetzt wohnt er mit irgendein paar schmuggigen Weibern irgendwo auf einem seiner vielen Landstübe. Sollen wir aber wegen so einem dreifigen Kerl ein paar Myners hängen oder totschießen? Wir wären schlechte Mexikaner, wenn wir das täten.“

Nach Mitternacht wurden die Kerle aber beinahe zu ausgelassen. Ein paar waren hinunter zum Lager geritten und einmal donnerten ihre Pferde wieder in unsere Kreis. „Nun glaub“ es, sie waren nur hinabgeritten, damit der braunhäutige Geißel und Silberminenbesitzer auch etwas von unserem Fehlsäbe. Sie kugelten ihn wie ein Paket vor unsere Füße und dann wurde er hochgezogen. Er sah wirklich nicht hoffähig aus. Er hatte kaum das Notdürftigste am Leibe und schlotterte wie ein gebadeter Hund. Er mußte aber trotzdem noch jedem von uns Myners die Hand geben und uns erklären, daß wir die besten Kerle von der Welt seien. Und dabei ließen ihn die großen Brüder noch ab und zu an ihren Schießprügeln riechen kiefen ihn von einer Seite zur anderen, und als er endlich fast tot als lebendig, verkehrte auf eine alte Mähre auf wurde und wieder abtragen durfte, da hatten wir noch Mitleid mit dem alten Schinder.“

Die Lehre machte ihm aber trotzdem gut bekommen, denn er ließ sich danach nicht wieder sehen. Ja, wir wurden sogar in Ruhe gelassen. Ein paar Tage später kam ein biederhaariger Kerl, wohl einer seiner Verwalter, zahlte uns unsere Lohn aus und fragte uns, ob wir unter den gleichen Bedingungen noch weiter arbeiten wollten. Wir waren zufrieden, denn durch die Freundschaft mit den Farmern kamen wir jetzt leicht zu einem Stück Vieh oder sonst etwas Nähnlichem und wir konnten es aushalten. Außerdem rüdtte uns auch kein mehr auf den Hals, der uns anzutreiben versuchte, der Schimpf wenn das Loch einige Kilogramm weniger hergab, als wir einbarte war.

Die Farmer aber blieben solange unsere Freunde, wie wir da oben unser Silber trachten und als wir abrückten, sagte der Älteste, so ein richtiger Wald- und Weidenbar, zu uns: „Nun, ihr habt uns eine gute Lehre gegeben. Die Farmer und die Arbeiter gehören zusammen. Alles, was aber darunter darüber ist, soll der Teufel holen.“

„Ja“, fiel der Bayer ein, der den Struppigen schon lang unterbrechen wollte, „das war in Mexiko. Glaubst du aber, es geschähe in den Staaten oder in Europa dasselbe?“

„Seyd“, knurrte der Struppige zurück und sah den Bayer mit seinen feurigen Augen an, „es ist überall dasselbe. Wir müssen nur die Augen aufreißten und suchen. Jeder wartet darauf, daß ihm der andere bißt gegen den biden Kerl, der ihm an seinen Hals hängt. Und wenn erst einmal einer den Faust erhebt und zuschlägt, schlagen sie alle mit!“

Wahrung des Reiches selbst auf solchen Gebieten unerlässlich sein, den in guten Zeiten freigebige Obhut zugewenden, selbstverständlich erscheinen konnte."

Wir haben für die Ausführungen des Regierungsvorgängers Verständnis und sind auch der Auffassung, daß im Reichshaushalt merkliche Ersparnisse erzielt werden können, wenn man es will. Man hat im vergangenen Jahre den brutalen Abbaubau durchgeführt, um Ersparnisse zu erzielen. Aber es hat sich immer festgelegt, daß in den Regierungsjahren, wenn man hier mal abbauen wollte, wirkliche Ersparnisse erzielt werden kann. Wir wollen uns auf Einzelheiten nicht einlassen. Wir führen aber aus der Rede des Ministerialdirektors Sch. vor dem Reichsrat folgende Sätze an:

"Der Haushalt des Reichswehrministeriums zeigt einen erheblichen Abwärtstrend. Von 634 Mill. M.-M. für das Heer und von 145 Mill. für die Marine. Eine Mehrausgabe ist vor allem durch die Ergänzung und Aufrechterhaltung der Bestände an Waffen, Munition und Heeresgerät entstanden. Hierfür sind 84 Millionen Reichsmark bereitgestellt. Neu geordert sind 12.000 Tonnen Schwermetalle und eine kleine Torpedoboot."

Dieser Teil der Ausführungen in der Rede des Herrn Ministerialdirektors steht im krassen Widerspruch zu dem oben angeführten Flugschrift. Es ist geradezu bezeichnend, daß man während man erklärt, den Geldhaushalt des Staates für annehmbar zu halten, die geringen Mittel, die im Reichsetat für wissenschaftliche oder wirtschaftswissenschaftliche Zwecke vorgesehen sind. In Amerika, dem Lande, in dem sich seit Jahren ein ungeheurer Fortschritt vollzieht, werden Millionen und Aber-Millionen von Dollars für Zwecke der Forschung geopfert, während man bei uns glaubt, hier sparen zu können. Kurzweilige Menschen bei uns weisen immer darauf hin, daß wir in Amerika auf vielen wissenschaftlichen Gebieten unter noch voraus sind. Das ist eine fromme Täuschung: Gute mögen wir Amerika noch überlegen sein, aber in wichtigen Dingen werden die Dollars, die Amerika in diese Arbeiten steckt, wissenschaftlichen Gebieten die Früchte bringen. Dann werden wir erst erfahren, was es wirtschaftlich heißt, Millionen für Kanonen und Kriegsschiffe zu verwenden und wirtschaftliche Bedürfnisse unserer wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedürfnisse zu vernachlässigen.

Ein Jahr gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Beim Neberblick des gewerkschaftlichen Lebens des Jahres 1925 darf man auch an einer Zeitfrist nicht vorübergehen, die im ersten Male in diesem Jahre einen vollen Jahrgang vor uns vorführen zu vermöge: "Die Arbeit". Sie hat sich seit der Zeit für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften und wurde vom ICDM Mitte 1924 zur Bildung und Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre ins Leben gerufen. Derzeit hat man den 792 Seiten starken Band des verlassenen Jahres, dann kann man Herausgeber und Schriftleiter dieser Zeitschrift zu der erfolgreicheren Tätigkeit beglückwünschen. Die ungeheure Fülle von Material in dieser Zeitschrift, die Gebiete der Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften umfänglich, wurde hier geboten. Neben Aufsätzen hervorragender Autoren, wo das weite, fast grenzenlose Gebiet der modernen Gewerkschaftsbewegung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit betrachtet wurde, finden wir die "Mundschau der Arbeit", eine Zeitschrift, wo die Tagesfragen kurz und prägnant ihre Behandlung erfahren. Neben der "Gewerkschaftszeitung", die dem Gewerkschaftswesen gewidmet ist, war diese Monatschrift eine unentbehrliche Notwendigkeit. Entlastet von der drängenden Last des Tages kann hier in aller Ruhe und Sachlichkeit an die tiefsten und wichtigsten Probleme der Gewerkschaftsbewegung herangegangen werden. Wir müssen es uns verfallen, auf den Inhalt dieser Zeitschrift im einzelnen einzugehen. Jeder Gewerkschaftsfunktionär sollte nicht nur Gelehrter, sondern auch eifriger Leser der "Arbeit" werden. Die verdrängten Gedanken der Gewerkschaftlichen Wirtschaft unserer Zeit werden von jedem so leichter zu entwirren sein. An Stelle von Mutlosigkeit und Zweifel tritt Klarheit und Ueberlegung, Eigenschaften, die die Führung des Gewerkschaftskampfes notwendig sind und die die Vorbedingungen schaffen für eine freiere Gewerkschaftsordnung.

Wirtschaftliches.

Weiteres Steigen der Konfursziffern. Wie nicht anders zu erwarten war, ist das in den letzten Monaten eingeschlagene Entwicklungstempo der Konfursziffern auch im Dezember weiter gegangen. Die natürliche Wirtschaftsbewegung des Weihnachtsgeschäftes hat hierin nichts zu ändern vermocht. Die letzten Monate zeigen folgendes Bild, das wir durch Anführung der vorhergehenden Quartale ergänzen:

	Konfursziffer	Beschäftigungsaufnahmen
1. Vierteljahr 1925	2295	805
2. "	2280	902
3. "	2462	1213
Oktober	1184	693
November	1950	916
Dezember	1838	1392
Im ganzen Jahr 1925	10 876	5634

Ueber die Hälfte der Beschäftigungsaufnahmen und rund 40 Proz. Konfursziffer im ganzen Jahre wurden im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres verbürgt. Gegen 1924 haben sich die Konfursziffern mehr als verdoppelt. Die Zahl der Inpolsenzen (abgelehnte Konkursanträge, Offenbarungsseide, außergerichtliche Einträge usw.) wird für das abgelaufene Jahr auf 30 000 bis 40 000 geschätzt. Wir haben diese Entwicklung nicht zu bebauern, in was an franten Wirtschaftswirtschaften fallen will, soll man halt halten, sondern frohen.

Die Direktionen erschweren die Rationalisierung der Produktion. Außerordentlich lehrreich sind die in der "Frankfurter Zeitung" jüngst erschienenen Ausführungen über die Rolle der Industriellen und Direktoren zur Erleichterung von Rationalisierungsbestrebungen. Diese könnten oft nur durch Zusammenfassung oder in manchen Fällen durch Liquidation unproduktiver Unternehmen zu Erfolge führen. Die Direktoren erfinden allerlei Mittel dagegen, daß ihr eigenes Arbeitsfeld befähigt sie selbst überflüssig gemacht werden. Fusionen sowohl in der Industrie als auch in der Gewerbeindustrie, die eigentlich gar nicht existieren und nur deshalb von Kapitalverhältnissen an Aufmerksamkeit nehmen, weil die Verwaltung ihre Position nicht aufgeben will. Bei der Gehaltsbemessung der Direktoren sind ebenfalls die verschiedensten Mißbräuche im Schwang. Die Entlohnung über die Verträge der Direktoren wird vielfach nicht mehr, wie es im Handelsgebuch vorbestimmt ist, der Gesamtheit des Aufsichtsrats überlassen, sondern kleinen Ausschüsskommisionen übertragen. Das geschieht deshalb, damit das Aufsichtsratsmitglied, das auf und des Betriebsratsgesetzes als Arbeitnehmer dem Aufsichtsrat angehört, keinen Einfluß in diese Verträge erhält. Es werden sogar fromme Wege eingeschlagen. Es kommen Le oder wo den Direktoren nur verhältnismäßig bescheidene Prämien ausgesetzt werden, die Hauptbezüge erhalten sie dann über eigens zu diesem Zweck gegründete oder aufrecht-

erhaltene Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Dadurch erscheint in den Gehaltskonten das Gehaltskonto der Direktoren mit mäßigen Beträgen, während viel höhere Summen als Beteiligungserlöse an der G. m. b. H. auftreten. Neben den Mißbräuchen im Aktienwesen, die in den Vorwärts- und Wertungsaufträgen an den Tag treten, sollten auch die hier geschilderten Mißbräuche gelehrt werden, wobei die Tatsache, daß die Direktoren das meiste Stimmrecht bei geringerer Kapitalbeteiligung ausüben und dadurch die Machtvollkommenheit sichern, beachtet werden muß. Dieser Forderung müssen auch wir um so mehr beistimmen, weil diese Mißbräuche das Aktienwesen untergraben, das anlangende Publikum vom Aktienkauf weiter abschrecken und dadurch die finanziellen Schwierigkeiten der Wirtschaft, die zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen, steigern.

Die Höhe der deutschen Verschuldung an das Ausland. Reichsbankpräsident Schacht hat vor kurzem die gegenwärtige Höhe der deutschen Auslandverschuldung einschließlich der Dawes-Anleihe auf etwa 3 1/2 Milliarden Mark und deren Verzinsung, mit 10 Prozent berechnet, jährlich auf 350 Millionen Mark geschätzt. Bei dieser Berechnung dürften ihm nur die bekannt gewordenen kurzfristigen und langfristigen Anleihen vorgelegt haben, nicht aber auch andere Schulden an das Ausland. In der Jahresübersicht der "Frankfurter Zeitung" wird die Verschuldung Deutschlands an das Ausland auf etwa 6 Milliarden geschätzt, wovon etwa die Hälfte auf langfristige und die Hälfte auf kurzfristige Kredite entfallen mag. Diese Berechnung geht davon aus, daß Ende 1924 nach damaliger Schätzung bereits etwa 2 Milliarden Schulden vorhanden waren. Die Handelsbilanz Deutschlands war im Jahre 1925 mit 4 Milliarden Mark passiv (nach Abzug von 10 Prozent für mögliche Fehler). Dieser ganze Fehlbetrag mußte aus Auslandsanleihen gedeckt werden, da in diesem Jahre andere Schuldenbedeckung aus Einfuhrüberschüssen (vornehmlich deutsche Auslandsanleihen) nicht vorhanden war. Die bekannt gewordenen langfristigen Anleihen, die in diesem Jahre aus dem Ausland eintrömen, belaufen sich auf rund 1,5 Milliarden. Kapitalbeteiligungen durch Aktienkauf usw. können auf höchstens 1/2 Milliarde geschätzt werden, so daß für dieses Jahr rund 2 Milliarden Mark an schwebenden Schulden verbleiben würden. Als Durchschnittsverzinsung dieser 6 Milliarden ausländischer Schulden werden in dieser Berechnung nur 7 1/2 Prozent gerechnet (statt wie bei Schacht, 10 Prozent), indem langfristige Anleihen durchschnittlich mit 8-9 Prozent, die kurzfristigen Kredite mit 6-7 Prozent verzinst werden dürften. Daraus ergibt sich eine jährliche Zinslast von 450 Millionen Mark, ein Betrag, der ebensoviele als erdrückend bezeichnet werden muß, als die von Dr. Schacht errechneten 350 Millionen. Nur das laufende Jahr müssen wir mit der Vermehrung der ausländischen Schulden mindestens in derselben Höhe wie 1925 rechnen.

Katastrophale Arbeitslosigkeit auch in Dänemark. Die Arbeitslosigkeit ist in der ersten Woche des neuen Jahres wiederum außerordentlich gestiegen. Die gewerkschaftlichen Untersuchungsstellen verzeichnen eine Steigerung der Arbeitslosen von 73000 auf 84000, d. h. jeder dritte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist ohne Beschäftigung. Die nicht statistisch erfaßbare Gesamtzahl der Arbeitslosen kann man nunmehr auf etwas über 100 000 veranschlagen. Es besteht eine kleine Hoffnung, daß diese Zahl in den nächsten Wochen etwas zurückgeht, da viele Betriebe ihre Weihnachtsferien infolge der schlechten Konjunktur bis zur Mitte des Monats ausgedehnt haben.

Gewerkschaftliches.

Jugend und Gewerkschaften. Treffliche Ausführungen zu diesem brennenden Thema finden wir am Schlusse eines Zeitungsartikels in Nr. 2 des "Korrespondenz". Dort lesen wir: "Jugendliche sind Werbende. Das Beste, was wir ihnen tun können, ist, den Jungen beizubringen zu machen, daß unsere Bewegung infolge ihrer geistigen Einstellung und ihrer Arbeit ihnen am besten dazu verhilft, ganze Menschen zu werden. Wenn die Jugend heute selbstbewußter auftritt als früher dies der Fall war, so ist das fast nur dem gewerkschaftlichen Standpunkt aus begründet. Wir müssen es nur verstehen, den Jungen die Mitarbeit im Organisationsleben durch unser Vorbild zu etwas wegzubringen zu machen. An dem Heranwachsen einer im gewerkschaftlichen Ideentriebe erwachsenen Jugend sollte jeder Gewerkschaftsmitglied lebhaftes Interesse bekunden. Vieles von dem, was in der Zukunft noch von unserer Organisation geleistet werden muß, ist undenkbar ohne begeisterte Hingabe der Mitglieber, alter wie junger, ohne die Kraft der gewerkschaftlichen Ueberzeugung, die Zweifel und Müdigkeit bewingt. Fort deshalb mit Klugheit und Teilnahmslosigkeit, in Reib und Wied gestell zum Kampfe für das Ganze!"

Genossenschaftliches.

Millionenumläufe großer Konsumvereine. Die Steigerung der Warenumläufe der Konsumgenossenschaften brückt sich in besonders hohen Zahlen der Monatsumläufe einiger größter Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus. So berichtet vorläufig die Hamburger "Produktion" über einen Warenumlauf im Monat Dezember 1925 in Höhe von 4 752 662 Mk. Der Konsumverein "Vorwärts", Dresden, verzeichnete einen Monatsumsatz im Dezember von 3 326 825 Mark. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebend zählte 3 111 570 Mk. Umsatz im Dezember. Der Konsumverein "Eintracht", Essen, erzielte im gleichen Monat einen Umsatz von 2 235 977 Mk. Auf mehr als 2 Millionen Mark Umsatz brachte es auch die Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Berliner", Barmen, nämlich auf 2 046 150 Mk. Damit ist die Zahl der Vereine mit mehreren Millionen Mark Umsatz im Monat aber noch nicht ganz erschöpft. Reichlicher ist die Zahl der Konsumgenossenschaften, die 1 Million Mark und mehr im Monat Dezember v. S. erreicht haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine brückt sich unleugbar in solchen Umsatzzahlen aus.

Bemischtes.

Deutscher Weizen im Ausland billiger als in Deutschland. Dem "Berliner Tageblatt" wird Mitte Januar von London berichtet, daß das Angebot deutschen Weizens in England sowie zur Verschiffung nach Italien anhält. Die Cispreise, die in Liverpool gefordert werden, bewegen sich zwischen 55 und 56 Schilling pro Quarter, was einem Preis von zirka 248 Mk. pro Tonne entspricht, d. h., der in England geforderte Cispreis ist um einige Mark niedriger als der Berliner Lokopreis, liegt also um diese Differenz, sowie die Frucht und Verfrachtungskosten unter dem deutschen Inlandspreis. März-Weizen kostete zur besprochenen Zeit zirka 273 bis 275 Mark, diesbezügliche Qualität war in England um 264 Mk. pro Tonne zu haben. — Die deutschen Landwirte klagen, daß sie ihre Produkte nicht entsprechend bezahlt erhalten, dabei wird deutsches Getreide im Ausland um rund 10 Mk. die Tonne billiger verkauft als in Deutschland. Daß Deutschland überhaupt Getreide ausführt, ist ein starkes Stück, denn es muß ja in großen Mengen Getreide einführen, um seine Bevölkerung ernähren zu können.

Deutschnationaler Zentralverband der Landarbeiter und Gememörder. Der Deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter bekam von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände den sehr ansehnlichen Beitrag von 5000 Mk. Der Vorsitzende des

Zentralverbandes, Franz Behrens, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, erklärte hierzu, daß Gelb habe die Vermögensverwaltung der Organisation bekommen, um Verluste abzugeben, die bei der Lieferung von Kartoffeln an industrielle Betriebe entstanden. Nun hat sich herausgestellt, daß das ein großer Schwindel ist, offenbar getan zu dem Zweck, die Defizitlosigkeit in breiter Weise anzuführen. Das Berliner Polizeipräsidium hat dazu festgestellt, daß das Darlehen zur Unterzeichnung des im Gefängnis sitzenden Oberleutnants Schultze verwandt worden ist. Danach steht der Deutschnationale Zentralverband seinen Darlehenbesitzern, Gememörder, und damit solche Menschen zu unterstellen, die das Nordhandwerk in seinen brutalen und viehischen Form betreiben. Werden die christlichen Gewerkschaften den Zentralverband der Landarbeiter jetzt noch beden und mit ihm zusammen arbeiten?

Milch als Nahrungsmittel. Bei der Beratung seines Haushalts hatte der Reichs Ernährungsminister Graf Stamby auf Veranlassung der Genossin Wurm gesprochen, daß eine umfangreiche Propaganda für den Genuß von Milch eingeleitet werden solle. Davon hat man bisher aber noch nicht viel gemerkt, dafür vergrößert das Alkoholkapital seine Anstrengungen, um durch Klame in den Eisenbahnen und an anderen öffentlichen Orten den Absatz alkoholischer Erzeugnisse zu steigern. Als hauptsächlichster Grund gegen den verstärkten Genuß von Milch ist bisher angeführt worden, daß die Milch sich nicht lange genug in ihrer natürlichen Beschaffenheit frisch halten lasse. Demgegenüber weist Dr. Niechen, der Direktor des chemischen Untersuchungsamtes in Essen, in der dortigen "Arbeiter-Zeitung" darauf hin, daß sich eine einwandfreie Beschaffenheit der Milch durch ein einfaches Verfahren herbeiführen lasse. Er sagt darüber: "Bei dem seit einiger Zeit eingeführten sogenannten Degerma-Verfahren findet nach einer Vorwärmung der Milch eine Erhitzung auf 63 bis 65 Grad statt, und zwar während einer Zeitdauer von 25 Minuten, dann erfolgt sofort ihre Abkühlung. Durch diese Behandlung bleiben der Milch die Eigenschaften der Rohmilch erhalten, wie ich durch zahlreiche Untersuchungen feststellen konnte, und dem Verbraucher wird ein Erzeugnis geboten, das auch in sonstiger Beziehung einwandfrei ist. Das Verfahren hat aber noch den Vorzug, daß die Erhitzung der Milch sofort in der Flasche geschieht, in der sie später dem Verbraucher zugestellt wird, so daß jedes Umgiehen fortfällt und daher auch die Möglichkeit einer nachträglichen Verunreinigung ausgeschlossen wird. Schließlich haben auch zahlreiche Untersuchungen dieser Degerma-Milch ergeben, daß auch ihre Zusammensetzung eine gehaltvolle ist, ihr mittlerer Fettgehalt war in der Zeit von April bis September dieses Jahres 3 Proz. und der Gehalt an festen Bestandteilen 11,5 Proz. Die Degerma-Milch kann somit den Verbrauchern als gehaltvollste und hygienisch einwandfreie Nahrungsmittel nur empfohlen werden."

Maßnahmen zur Förderung des Milchverbrauchs hatte vor einigen Monaten auf Anregung der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Wurm der Reichs Ernährungsminister in Aussicht gestellt. Seitdem hat man nichts mehr davon gehört. In anderen Ländern ist man in dieser Beziehung schon weiter. So hat man an den Ausgängen der holländischen Staatsbahnen Schankstätten errichtet, in denen für etwa 5 Pf. ein Glas Milch verabreicht wird. Diese Milch ausgebaut werden von den Verarbeitern sehr stark benutzt. Auch in England wird in praktischer Weise dem Alkoholismus zu leibe gegangen. So erhalten die Besucher der zahlreich entstehenden Gartenfeste keine alkoholischen Getränke vorgelegt, sondern erfrischendes Zitronenwasser.

Von der Keramikindustrie.

Borzellanfabrik Königszell i. Schle. Nach 111 662 M.-M. Abschreibungen verbleiben für 1924/25 132 023 M.-M. Reingewinn, woraus 40 000 M.-M. für das Dekretkonten-Konto und 50 000 M.-M. für Aufwertungszwecke zurückgestellt und aus dem Rest, nach 6 Proz. Rückstufung auf die Vorzugsaktien, 32 543 Reichsmark vorgetragen werden. Die Stammaktien bleiben also ohne Ausschüttung.

Eine kürzlich verbreitete und nicht dementierte Nachricht, die Gesellschaft wolle Vorratsaktien als Dividendenertrag verteilen, bestätigt sich also nicht. In der Bilanz sind Vorratsaktien auch nicht ausgewiesen, ebenso war das in der Halbbilanz nicht der Fall. Die Verwaltung hätte also hier, sofern wirklich Vorratsaktien bestehen, eine wichtige Publikationspflicht vernachlässigt, die sie alsbald nachholen sollte. — Die Nachfrage war im allgemeinen sehr reger und die Aufträge voll beschäftigt und ausgenutzt; trotzdem war kein befriedigendes Ergebnis zu erzielen, weil die Preise nicht in das richtige Verhältnis zu den Gestehungskosten gebracht werden konnten. Verbesserung der Lage durch Verringerung der Lasten und Erhöhung des Umsatzes unter Qualitätsverbesserung betrachte man als Aufgabe. Im neuen Jahr war die Beschäftigung befriedigend; Voraussetzungen ließen sich nicht machen. In der Bilanz haben sich unter insgesamt 4,29 (4,02) Mill. M.-M. Aktiven die Verpflichtungen auf 0,67 (0,54) Mill. M.-M. erhöht, wobei diesmal 0,27 Millionen Reichsmark Umpfakt enthalten sind. Die Obligationenverpflichtungen haben sich auf 146 700 (149 100) M.-M. ermäßigt. Wieviel Umpfakt der noch zum Dezember 1923 gefällig gewesen Anleihe angemeldet wurde, d. h. wieviel Genugrechte bestehen, sollte die Verwaltung in der nächsten Bilanz mit publizieren. Andererseits haben sich die Vorräte und Materialien auf 0,53 (0,29) Mill. M.-M. vergrößert und die Forderungen sind auf 0,62 (0,40) Mill. M.-M. gestiegen, ferner Wertpapiere und Beteiligungen auf 0,13 (0,27) Mill. M.-M. vermindert. Begründung fehlt.

Die Aufträge stehen nach den erwähnten Abschreibungen mit insgesamt 2,98 (2,99) Mill. M.-M. zu Buch.

Borzellanfabrik Kahla, A.-G. Die Verwaltung ließ einem Berliner Blatt auf Anfrage wissen, daß die allgemeine Wirtschaftslage auch auf den Geschäftsgang des Unternehmens eingewirkt habe. Für Geschirrporzellan sei die letzte Zeit von jeher die schwächste des ganzen Jahres, da nach dem Weihnachtsgeschäft zunächst ein dringender Bedarf nicht vorhanden sei. Es scheint aber auch, als ob die geminderte Kaufkraft weiter Volkstreuise das Geschäft vorläufig ungünstig beeinflusse. Die Verwaltung erwarte aber, daß die ständige erweiterten Auslandsbeziehungen der Gesellschaft einen Ausgleich für das etwaige kleinere Inlandsgeschäft bringen werden. Für Elektraporzellan liege um die jehige Jahreszeit das Geschäft ebenfalls ruhe. Hier würde mit Beginn der Bauzeit im Frühjahr eine erhebliche Zahl größerer Projekte zur Ausführung kommen, an denen die Kahla-Werke mit Rücksicht auf die außerordentliche Leistungsstärke in Hochspannungs-Isolatoren und Durchführungen einen hohen Anteil haben werden.

Borzellanausstellung in Selb. Die Stadt Selb feiert im Jahre 1926 ihr 500jähriges Bestehen und veranstaltet aus diesem Anlaß unter Mitwirkung der dortigen Porzellanfabriken in der staatlichen Fachschule für Porzellanindustrie eine große Porzellanausstellung.

Borzellanfabrik Franzenh., A.-G. Endlich ist die seit Monaten dahinvegetierende "Weltfirma", Borzellanfabrik Franzenh., zum Stillstand gekommen. Die Firma hat am 12. Januar ihre Tore wüßig geschlossen. 450 Arbeiter verzeichnen das Millionenheer der Erwerbslosen und sind der weiteren Verelendung preisgegeben. Das Bedauerlichste ist noch, daß die gesamte Belegschaft noch volle 4 Wochen Lohn bei der Firma stehen hat, außerdem 1/3 Teil ihres Urlaubsgeldes vom vorigen Jahr. Die Verwaltung konnte also der großen Schwierigkeiten nicht Herr werden.

Aus unserem Beruf.

Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Von der deutschen Wirtschaftskrisis ist auch die feintexturliche Industrie betroffen. Wie es in bezug auf Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei ihr steht, ergeben die statistischen Ermittlungen für den Monat Dezember 1926. Es gingen Berichte über 49 400 Berufsangehörige ein, von denen 5486 als arbeitslos gemeldet wurden. Von der Kurzarbeit bis 8 Stunden in der Woche wurden 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, bis sechzehn Stunden arbeiteten 4646 Personen verkürzt, bis 24 Stunden Kurzarbeit traf 4357 Kollegen und Kolleginnen und über 26 Stunden Kurzarbeit ergaben die Ermittlungen für 1286 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter betrug 13 788.

Übermittelt den Erwerbslosen „Die Ameise“. Das Verbandsorgan „Die Ameise“ ist das Bindeglied der Mitgliedschaft und soll auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit die Verbindung mit dem Verbands ermbaligen. Deshalb werden die Zahlstellen gebeten, den Arbeitslosen, die aus dem Kreise der Kollegschaft in den Betrieben gerissen werden, „Die Ameise“ zuzumachen zu lassen.

Großalmerode. Der Betrieb in Großalmerode hat Teils stilllegung durchgeführt und 25 Personen entlassen. Der Rest arbeitet weiter und schafft die vorhandene Ware gar hinaus. Die Betriebsleitung hofft, noch der Schwierigkeit Herr zu werden.

Schorndorf. Die Belegschaft der Württembergischen Porzellan-Manufaktur A.-G. in Schorndorf wurde ausgesperrt, weil sie es ablehnte, bis zu 15 Prozent billiger zu arbeiten. Zugang nach Schorndorf ist streng fernzuhalten!

Versammlungsberichte.

Fraureuth. Drohend freiste schon monatelang der Pleitegeier über der Porzellanfabrik Fraureuth, nun ließ er sich endlich darauf nieder. Die Tore sind geschlossen und es ist das dritte Jahr, wo die Belegschaft im Januar auf das Straßpflaster stieg. Das bei einer derartigen Lage die am 16. Januar stattgefundene Versammlung zu einer Massenversammlung wurde, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Der Vorsitzende gab in großen Umrissen den Versammelten die traurigen Verhältnisse des Betriebes bekannt und betonte besonders, daß heute die Gefahr um die vier Wochen Lohn, den die Kollegschaft bei der Firma stehen hat, akut geworden ist. Er wies darauf hin, daß eine Forderung bald nicht mehr möglich ist, da bereits ein Gerichtsvollzieher den anderen verjagt. Er wies weiter darauf hin, daß die Firma wohl Geschäftsaufsicht beantragt hat, aber unsererseits dem wenig Glauben beigegeben wird. Eine darüber erregte Debatte setzte ein und man beauftragte die Verwaltung, alles nur Mögliche in Bewegung zu setzen, damit der Kollegschaft wenigstens ihr Lohn nicht verloren geht. Eine beschleunigte Entscheidung der Handelskammer Gera über den Antrag der Firma (Geschäftsaufsicht) soll herbeigeführt werden. Auch dem Gemeindevorstand von Fraureuth sprach man volle Anerkennung aus für sein tatkräftiges Eingreifen. Dagegen setzte eine äußerst starke Empörung ein, als von Seiten der Verwaltung bekannt wurde, welche traurige Rolle der Maler S. Steinbrunn vor der Betriebsabwicklung gespielt hat. Anboreits freute man sich auch, daß er sich endlich selbst entlarvte und sein wahres Gesicht voll und ganz zeigte. Dadurch gingen auch dem Letzte die Augen auf. Denn schon jahrelang führte die Belegschaft einen Kampf gegen diesen Schlingel, der sich in letzter Zeit als ungewählter Vertreter der Unorganisierten, deren Häuflein auf 22 herabgeschmolzen ist, bei der Direktion vorstellte. Einstimmig war man sich darüber klar, daß man letzten Endes keine Milbe mehr walten lassen kann gegen derartige Elemente. Aber heute steht schon fest: unsere organisierte Bewegung in ihrem Lauf, hält weder Dsch noch Gel auf. Fast jeden Tag wird das Häuflein der Nichtorganisierten kleiner und bald wird es Steinbrunn nicht mehr nötig haben, als Vertreter der Nichtorganisierten aufzutreten.

Aber auch zu der ungerechten Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge nahm die Versammlung Stellung und stellte demgegenüber die jetzt so strittige Fürstenabfindung. Es ist Aufgabe nicht allein der politischen Parteien, sondern auch der ADGB hier mit Wandel zu schaffen. Weiter ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, doch nicht immer zu schimpfen über den Verband, wenn die Erwerbslosenunterstützung nicht zu ausfällt, als wie sie sich mancher Kollege einbildet, denn eines dürfen wir nicht vergessen: wir haben die heilige Pflicht, die Gewerkschaft als Kampforganisation auszubauen und wir haben auch innerhalb der Gewerkschaft zu sorgen, daß die Erwerbslosenunterstützung so ausgebaut wird, daß sie zum auskömmlichen Leben reicht, aber nicht, wie es bisher geschah, auf Kosten der schon zu wie so bis ans Blut ausgemergelten Arbeiter.

Schwaben bei München. Unsere Generalversammlung vom 9. Januar wies einen klauen Besuch auf. Die Tätigkeit der Zahlstelle war im vergangenen Jahre, trotz aufopfernder Arbeit der Funktionäre, eine äußerst undankbare. Zwar wurde die Zahlstelle von Kurzarbeit und sonstigen Nebeln nicht betroffen, aber auf Grund der häufigen Wechsel in der Verwaltung war eine für die Gewerkschaft erprobliche Arbeit nicht zu verzeichnen. Die Wahl ergab eine neue Belegung der Komitee. Die neue Verwaltung ist bestrebt, Nichtiges zu leisten. Solange aber ein großer Teil der Belegschaft in dieser Gleichgültigkeit weiter dahin lebt, wird es um ihre Sache nicht besser. Vielleicht wird ihnen eine wirtschaftlich schwerkere Zeit noch den Weg zeigen, den sie schon lange hätten beschreiten sollen. Woher sie aber dann, wenn es zu spät ist, Rat und Unterstützung hernehmen wollen, ist sehr fraglich. Wir ermahnen alle Kollegen und Kolleginnen im Reich, in Beziehung auf Arbeitsannahme sich vorher mit der Verwaltung ins Benehmen zu setzen. Ferner machen wir aufmerksam, daß wir an Kollegen Unterstützung nur bezahlen, die im Besitze einer Rejemarke sind. Den Mitgliedern, die alles andere, nur die Versammlung nicht besuchen, bene zur Kenntnis, daß im Krankheits- oder Erwerbslosenfalle Meldung innerhalb drei Tagen an den Kassierer zu erstatten ist. Weiter ermahnen wir diejenigen, die im Rückstand mit ihren Beitragszahlungen sind, dieselben baldigt zu begleichen. Nur durch Disziplin, feste Zusammenarbeit und Einigkeit ist es uns möglich, etwas Dauerndes, Nützliches, und für die Kollegschaft dringend Nützliches zu schaffen.

Literarisches.

„Die Bäckerwarte“. Zeitschrift für sozialistische B. ... Unter diesem Titel gibt der Reichsausschuss für die ... Bildungsarbeit ab Januar 1926 eine neue Zeitschrift heraus, die hauptsächlich Besprechungen der wichtigsten Neuerwerbungen auf allen Gebieten der wissenschaftlichen ... natur enthalten wird. Daneben soll durch Veröffentlichung größerer Aufsätze über einzelne Wissensgebiete, in denen neben der neuesten Literatur auch die ältere behandelt wird, den Arbeiterleuten die Möglichkeit gegeben werden, sich in der angebotenen Form der Literatur zurechtzufinden und in geeigneter Weise an ihrer Selbstbildung zu arbeiten. Als Beilage zur „Bäckerwarte“, die in einem Umfang von 22 Seiten erscheint, gibt der Reichsausschuss eine 16seitige Monatschrift „Arbeiterbildung“ heraus, in der alle Fragen der Bildungs- und Kulturbewegung der Arbeiterklasse behandelt werden. Durch Veröffentlichung von Arbeitsprogrammen, Vortragsskizzen, literarischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bewegung lebenden Genossen und Genossinnen die Möglichkeit gegeben werden, ihr Wissen zu vertiefen, neue Anregungen zu erhalten und der praktischen Arbeit neue, starke Antriebe zu geben. Der Preis der neuen Zeitschrift (nebst Beilage) ist in Betracht

des reichen Inhalts und der guten Ausstattung recht mäßig zu nennen. Er beträgt im Vierteljahrsabonnement 1,50 Mk., das heißt 0,50 Mk. das Heft. Im Einzelverkauf kostet das Heft 0,75 Mk. Man bestellt die Zeitschrift am besten bei dem zuständigen Postamt oder beim Briefträger. Zur Erleichterung des Postbezuges sei darauf hingewiesen, daß die „Bäckerwarte“ auf S. 36 der Hauptzeitungspreisliste für 1926 eingetragen ist. „Jugend-Führer“. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. — Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt ab 1. Januar 1926 unter obigem Titel ein Mitteilungsblatt heraus, von dem sechsen die erste Nummer erschienen ist. Der Inhalt zeigt, daß nicht nur die Veranstaltungen für die Jugend und deren Ausbau behandelt werden sollen, sondern auch die großen Gebiete der Berufsausbildung, Berufsberatung, Berufsschule, Jugendfürsorge, Jugendgerichtshilfe usw. Daher wird das neue Organ nicht nur bei den direkt als Jugendleiter tätigen Kollegen Interesse finden, es wird ebenso sehr für alle übrigen Gewerkschaftler von Wert sein, die bei Tarifverhandlungen, in Berufs- und Arbeitsämtern, in Gemeindevertretungen und Deputationen sehr häufig in die Lage kommen, über Fragen, die die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheiden. Neben der Weitergabe von wichtigen Mitteilungen und von Anregungen für die Praxis soll aber auch das Grundfächliche, das bei der gesamten Tätigkeit für die Jugend zu beachten ist, nicht übergegangen werden. Eine bereits im ersten Heft enthaltene Betrachtung über die „Frühreise“ der Jugend sowie die Anführung, daß Artikel über Aufgaben der Bildungsarbeit, Psychologie der Jugend u. a. erscheinen werden, deutet an, daß auch der Behandlung des Problematischen Raum gewidmet sein wird. Nach dem Inhalt des vorliegenden Heftes kann man jedenfalls schon jetzt sagen, daß der „Jugend-Führer“ bei der Erfüllung einer wichtigen Aufgabe gute Dienste zu leisten in der Lage sein wird. Er kann deshalb allen interessierten Kollegen nur bestens empfohlen werden.

Hugo Heumann, M. d. N.: „Der Kampf um die Aufwertung.“ Von Helfferich bis Hindenburg. Verlag F. S. W. Dieb Nachf., Berlin. 88 Seiten, brosch. 1 Mk. Als das Aufwertungsgebot von dem „Reiter“ endgültig unterzeichnet war, überschwebte dem Wählermarkt eine Fülle von „populären“ Aufwertungschriften. Aber nirgends gab es eine kurze, sachliche Uebersicht über die einzelnen Fäden, die sich zu dem Neg „Aufwertungsgebot“ verdrängten, zu jenem Neg, in dem man gutgläubige Rentner und Sparer jetzt alsüchlich gefangen hat. Das Verdienst des allgemein als sachlich und kenntnisreich bekannten Vorsitzenden des Hauptauschusses des Reichstages, Hugo Heumann, ist es, uns ein Buch gegeben zu haben, das in kurzer, knapper Form alles Wesentliche herausgearbeitet, klar und eindeutig die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Kampf festzeichnet und mit besonderer Ausführlichkeit die verlogene doppelzüngige Haltung der Deutschnationalen an den Pranger stellt. Gerade dieses letztere dürfte für alle agitatorisch tätigen Genossen überaus wertvoll sein, da diese Dinge im Zusammenhang noch in keiner Schrift behandelt wurden. Besonders für die kommenden Wahlkämpfe kann dieses Buch nicht genug empfohlen werden. Es ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Reaktion! Der Inhalt gibt das ganze Aufwertungsgebot im Wortlaut wieder. **Moriz Hartmann, Der Krieg um den Walsb. Eine Geschichte.** (Verlag Büchergilde Gutenberg, Leipzig.) Gerade zur rechten Zeit, inmitten der Vierjahrhundertfeier zur Erinnerung an den Großen deutschen Bauernkrieg von 1525, erscheint dieses Buch des achtunddreiziger Demokraten Moriz Hartmann, zur Freude aller, die in den revolutionären Ereignissen den Geist der Freiheit und des Lichtes verspüren. Denn dieser „Krieg um den Walsb“, der zwei Jahrhunderte später als der Bauernkrieg auf böhmischem Boden spielt, ist in der Darstellung Hartmanns ein wahrheitsgetreuer Kulturspiegel, der die Erscheinungen künftiger Zeiten in sich prophetisch wiedergibt. Erscheinungen der folgenden Jahrhunderte und der neuesten Zeit, soweit sie politisch und religiös revolutionäre waren, sind bereits im Fbeegang dieses Buches angedeutet, zum Teil klar ausgesprochen worden. Der Streit zweier böhmischer Dörfer um den Gemeindevorstand entfacht einen blutigen Krieg, in dem sich die Bauern in Erbitterung und Empörung selbst vernichten, weil sie noch zu unrettbar für die Erkenntnis, „daß man zusammenhalten muß in so rechtloser Zeit, um sich selbst Recht zu verschaffen“. Eine Fülle trefflich gemalter Bilder vereinigen sich zu einem bedeutungsvollen geschichtlichen, sozialen und kulturellen Hintergrund, vor dem sich in lebendiger Anschaulichkeit die Zeit absolutistischer Kaiser, Adels- und Pfaffenherrschaft und das große Dulden armer, geknechteter Untertanen erhebt. So grauig und niederdrückend oft die Einzelszenen auf das Gemüt des Lesers einwirken mögen, immer wieder verpirkt man doch auch den lindernden Hauch des Mitleids und der Liebe, mit welcher der Dichter jedes atmende Wesen urfängt und nicht zuletzt auch seine aus dem Innersten aufwallende Treue und Hingabe an die heimatische Scholle, deren Wälder, Berge, Menschen und Tiere er zuweisen mit den Augen des verklärten Romantikers schaut. Erdbunden stehen diese Schollenmenschen vor uns, deren Schicksal und Leid

auch das unsere ist und deren Kampf auch wir he kämpfen müssen. Und wir erleben bei dem Gedanken, Anteil der Erde geschändet wird allein durch die W des Menschen und das sein Irrtum sich fortplanzt Jahrehunderte, bis auf den heutigen Tag. Aber gestraurige Ausgang, mit dem der Dichter seine Geschicht, gibt uns auch die Kraft und den Willen, darbringen, was den Bauern von 1525 und denen von 1 sahite: klare Bewußtsein der eigenen Lage, geistige „das Zusammenhalten, um sich selbst Recht zu schaffen auch die Arbeiter und Bauern von heute stehen in einem um den Walsb“, und das ist der Kampf um ihre Befreiung. Diese Historie Moriz Hartmanns, die mehr als ein halbes Jahrhundert ist, ist wohl angetan, Kampfwillen, Utscheidung und gläubige Zuversicht in uns zu schüren. Die Mitgliedschaft bei der Büchergilde Gutenberg von jedermann erworben werden. Das Eintrittsgeld 75 Pf. und der monatliche Beitrag 1 Mk. Dafür erhält Mitglied monatlich eine Zeitschrift und vierteljährlich haltlich und buchtechnisch gut ausgestattetes Werk. Die gliedern steht außerdem das Vorzugsrecht zum Bezug Büchern aus einer Auswahlreihe zu.

Versammlungskalender.

Freiberg. Zahlstellenversammlung Donnerstag, 28. nachm. 5 Uhr, in der „Union“. Kolleginnen und Kol besucht die Versammlung. — Sonnabend, 6. Februar, 7 Uhr, veranstaltet die Zahlstelle ein Tanzvergnügen „Union“. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Arzberg. Am 21. Januar sind es 25 Jahre, daß unlege Hermann Kubitzig dem Verband angehört. Zu Jubiläum unsere herzlichste Gratulation. Die Verwal

Quittung.

Für unsere Kranken und invaliden Kollegen Josef Josef Birler, Arno Schneider, Franz Marz und Wecker gingen folgende Beträge ein: Schwaben 2; Leuthen, Kirchengemeinde je 3; Wolfshappel, Wiant Thierheim, Jwidau je 5; Hohlau 6; Weiskuh, garethshütte, Mauenstein, Schönbühl, Oberkolan je 6; Schirnding 12; Annaburg, Arzberg, Colbitz, Tief Hobach, Hennigsdorf, Rodamm, Teitow, Waldenburg, Magdeburg je 15; Kahla 25. Mt. Zusammen 271. Im Namen der Zahlstelle sowie der invaliden Kollegen richtigen Dank. Die Sammlung ist geschlossen. S. N.: Max Dietrich, Kassierer, Zahlstelle Frau Weibauerstr. 11.

Für unseren inzwischen verstorbenen Kollegen Wunschel, Großwörden, gingen folgende Spenden Schwarzach, Arzberg, Teitow je 5; Selb-Bilbberg, Jofau, Magdeburg, Wolfshappel, Jwidau, Tiefenfurt, W rethenhütte, Schönbühl, Annaburg, Klips, Colbitz j Mauenstein, Teitow, Hohlau, Seida je 2. Mt. Zusammen 66 Mt. Allen Spendern im Namen der Zahlstelle Markt und der Hinterbliebenen des Verstorbenen herzlichsten Dank. Sammlung ist geschlossen. Zahlstelle Markt-Leuthen. S. N.: Buruster, Zahlstellenleiter

† Sterbetafel †

Berlin-Charlottenburg. Bruno Koslan, Porz.-A geb. 11. 3. 1866, gest. an Gehirnschlag. Organisiert seit **Burgau.** Melanie Köhler, geb. 10. 8. 1875, geb. Schönbühl. Mitglied seit 1916. **Eisenberg.** Thekla Häbel, geb. 23. 5. 1855, geb. Lungenleiden. Organisiert seit 23. 8. 1905. **Mannheim.** E duard Ruba, Dreher, geb. 7. 8. gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1919. **Markt-Leuthen.** Joh an Wunschel, Porzellanarb. 11. 8. 1866, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1911. **Mühlhausen.** Josef St. art, Geizer, geb. 17. 10. gest. an Darmleiden. Organisiert seit 1922. **Plaue.** Oskar Busch, Dreher, geb. 26. 9. 1866, gest. Organisiert seit 1888. — Im Kollegen Oskar Busch verlied Zahlstelle Plaue das älteste Verbandsmitglied. Durch Kollegialität und sein aufrichtiges Wesen hat er sich zum Vorbild gemacht und wird ihm die Zahlstelle Plaue dauerndes Andenken bewahren. **Hobach.** Karl Wachen schwanz, Porzarb., geb. 1866, gest. an Herzschwäche und Lungen tuberkulose. D fiert seit 1919. **Jwidau.** Otto Lent, Fader, z. St. Förstner, geb. 1874, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1919. **Ehrem Andenken!**

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt. (3c) **Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.** **Martin Kaufmann, Jwidau I. Sa., Weibauerstr. 25. Fernruf 610. Gegr. 1906.**

Verbandsmitglieder! Sch nur Versicherungen ab be **Volksfürsorge** Gewerkschaftl. - Genossenschaftl. Versicherung - Aktiengesellschaft **Hamburg 5.**

Um Zeit, Mühe und Geld zu sparen werden Inserate nur angenommen, wenn bei Angabe des Textes und der Größe **der entsprechende Betrag mit eingesandt wird.** **Alle Angaben können auf dem Abschnitt der Zahlstelle gegen den Postanweisung gemacht werden. Preisbestimmung siehe am Kopf der „Ameise“.**

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür. Goldscheideanstalt / Gegründet 1891 **kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle** **Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art**

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb **Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz- Straße 17** **Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt.** (7/4)

Goldabfälle jeder Art (9/1) **Flotter Schleife** für Akkordarbeit sofort sucht. Bewerbungen mit gabe bisheriger Tätigkei **Porzellanfabrik Jreiwalt Kreis Sagan.**

Tüchtiger, lediger Fellerbreher und Plattier-former, an lauberes und fleißiges Arbeiten gewöhnt, sucht **awigt Stellung.** Eintritt könnte event. sofort erfolgen. **Gesl. Angebote unter „S. 11“ an „Die Ameise“ erbeten.**

Modelleinrichter, 23 J., alt, ledig, in allen kommenden Arbeiten, wie: Formgießen, Einrichten und geben firm, bereits in besseren Fabriken tätig gewesen, **ver sofort passende Stellung.** Gesl. Angeb. unter „S. 9“ „Die Ameise“ erwünscht. **Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwand Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennig Charlottenburg I. Wobesfr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herbst Charlottenburg I. Wobesfr. 2-5. Druck: E. Janischewski, Berlin S.D., Elisabethufer 24**